



DIE GEBIRGSKANTONE

Regierungskonferenz der Gebirgskantone
Conférence gouvernementale des cantons alpins
Conferenza dei governi dei cantoni alpini
Conferenza da las regenzas dals chantuns alpins

Medienmitteilung

Abschaffung der Pauschalsteuer hätte für das Berggebiet einschneidende Folgen

Pauschalbesteuerte Personen sind in den Gebirgskantonen nicht bloss wichtige Steuerzahler, sondern oft auch Investoren und Mäzene. Damit schaffen sie Arbeitsplätze in den Bergregionen und unterstützen die Ausbildung Jugendlicher aus dem Berggebiet sowie das hiesige kulturelle Leben. Würden Pauschalbesteuerte verjagt, könnten die Kantone und Gemeinden diese Ausfälle nicht kompensieren. Die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) lehnt die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ deshalb ab.

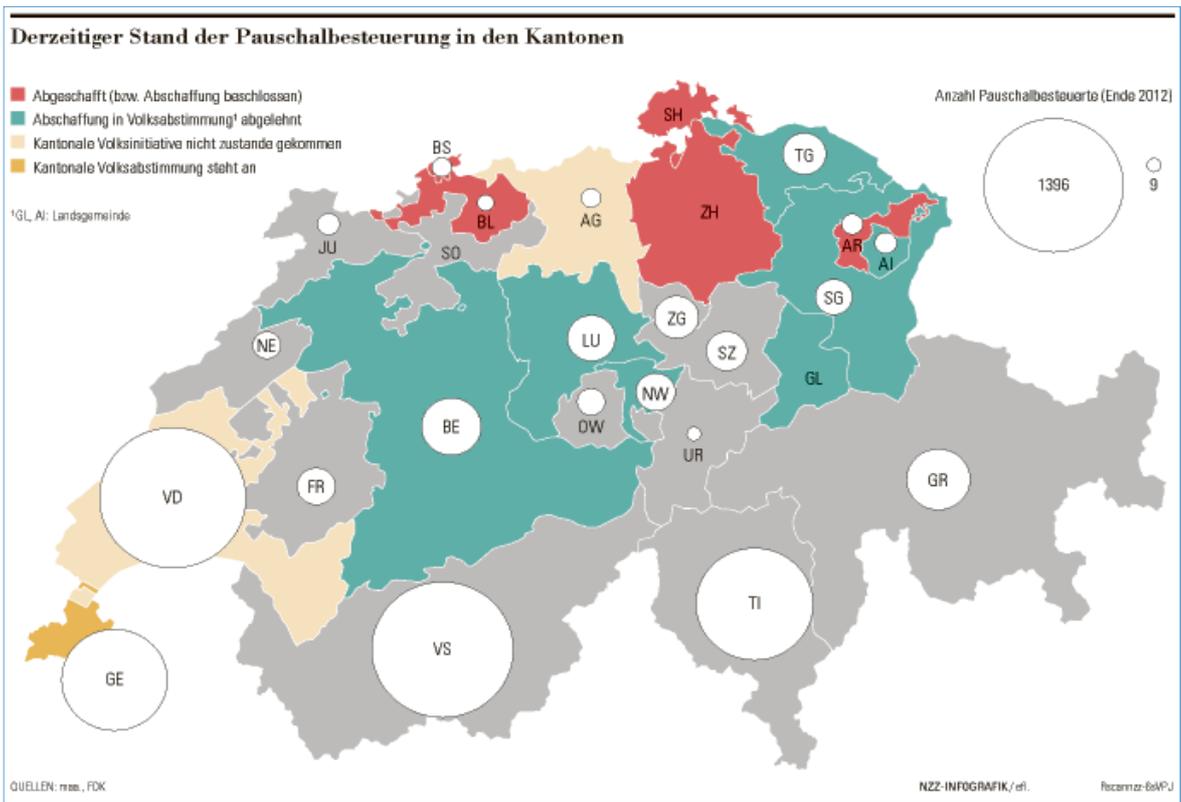
Chur, 14. Oktober 2014 Die 5500 pauschalbesteuerten Personen zahlen in der Schweiz nicht nur Steuern: Eine Studie der eidgenössischen Steuerverwaltung schätzt die jährlichen Ausgaben der Pauschalbesteuerten auf 3 Milliarden Franken. An dieser hohen Summe hängen über 22 000 Arbeitsplätze, vor allem in der Baubranche, im Tourismus- und im Dienstleistungssektor sowie im Freizeitbereich. Weiter unterstützen die Pauschalbesteuerten kulturelle, soziale und karitative Zwecke mit 470 Millionen Franken pro Jahr.

Zahlreiche grosse und berühmte Hotels hätten ohne die Investitionsbereitschaft von Pauschalbesteuerten nicht saniert und zu „Flagschiffen“ für Ortschaften und Regionen aufgebaut werden können. Zudem werden auch diverse Bergbahnen von Pauschalbesteuerten getragen und sie finanzieren auch Wintersportprojekte, die ansonsten nicht realisiert werden könnten. Schliesslich haben viele pauschalbesteuerte Personen Stiftungen gegründet, die Ausbildungen Jugendlicher aus dem Berggebiet unterstützen sowie Festivals aber auch kleinere und mittlere kulturelle Anlässe in den Bergregionen fördern.

Bei einer Abschaffung der Pauschalsteuer wäre die Gefahr gross, dass diese Personen ihren Wohnsitz woanders hin verlegen würden. Ihre zahlreichen Engagements zugunsten der Wirtschaft, Ausbildung und Kultur im Berggebiet würde dadurch entfallen. Kantone und Gemeinden im Berggebiet wären aufgrund ihrer Finanzknappheit nicht in der Lage das dadurch entstehende Vakuum zu füllen. Dieses würde auch nicht durch neue Steuerzahler kompensiert. Die Folge wären Arbeitsplatzverluste, Ausbildungsnachteile und eine Verarmung im Kulturbereich. Für das Berggebiet ist es schon anspruchsvoll genug, die wirtschaftlichen Folgen der Zweitwohnungsinitiative zu tragen. Eine zusätzliche Schwächung der Wirtschaft in den Gebirgskantonen wäre somit fatal. Die sieben in der RKGK zusammengeschlossenen Kantonsregierungen lehnen die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ deshalb ab und empfehlen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürger „Nein“ zu stimmen.

Auskunftspersonen:

- Dr. Mario Cavigelli, Präsident der RKGK; 081 / 257 36 01; mario.cavigelli@bvfd.gr.ch
- Fadri Ramming, Generalsekretär RKGK; 081 / 250 45 61; fadri.ramming@bluewin.ch



(diese Grafik ist nur in deutscher Sprache verfügbar)

Perimeter der Regierungskonferenz der Gebirgskantone

